

Einleitung

Dass im Bundestagswahlkampf 2021 weitgehend moralisch argumentiert und kritisiert wurde, ist wohl niemandem verborgen geblieben. So sei erinnert an die Empörung über das Lachen des CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet, als Bundespräsident Frank Walter Steinmeier den Opfern der Flutkatastrophe im Ahrtal Trost aussprach, oder die Kritik an dem geschönten Lebenslauf der Kanzlerkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen Annalena Baerbock, wobei die Kosmetik sicherlich nicht über das Maß hinausging, das Lebensläufe üblicherweise aufweisen. Eine Auseinandersetzung mit politischen Positionen trat dahinter fast völlig zurück. Entscheidend schien zu sein, was ein deplatziertes Lachen oder die kosmetischen Veränderungen des Lebenslaufes über die moralische Integrität von Armin Laschet und Annalena Baerbock aussagen, eine Diskussion über ihre politischen Positionen schien weniger interessant.

Nicht nur hinsichtlich der Politik fällt auf, dass diese – wie Chantal Mouffe, Politikwissenschaftlerin und Professorin für Politische Theorie an der University of Westminster, betont – zunehmend »in moralischen Registern«¹ ausgetragen wird, vielmehr werden fast alle Bereiche des Lebens der moralischen Betrachtung unterzogen. »Selbst einem flüchtigen Blick auf die aktuellen Verhältnisse« – so der Philosoph Robert Pfäller – »fällt vermutlich eine Vielzahl moralischer Appelle sowie die gehäufte Präsenz moralischer Wertungen und Verurteilungen auf. Immer mehr Menschen in westlichen Gesellschaften tendieren dazu, immer mehr Situationen ihres Alltagslebens – zum Beispiel bei der Ernährung, in der Arbeit, im persönlichen Umgang, beim Gebrauch von Verkehrsmitteln, beim Sprechen oder in der Se-

¹ Mouffe 2007, 11.

xualität – unter der Perspektive von Gut und Böse zu betrachten«². In jedem dieser der moralischen Betrachtung unterzogenen Bereiche sind wir der moralischen Kritik ausgesetzt und von der Möglichkeit des moralischen Scheiterns bedroht: Ist die Art meiner Fortbewegung umweltfreundlich genug? Lässt sich der Sport, den ich treibe, ökologisch verantworten? Führt meine Nahrung zu einer Ausbeutung der Tiere? Ist meine Kleidung durch Kinderarbeit hergestellt und wie ökologisch vertretbar ist sie? Bin ich in der Sprache gendersensibel genug? Der verantwortungsgeplagte Zeitgenosse – so der Journalist und Literaturkritiker Ulrich Greiner in der ZEIT – kann sich angesichts der unüberschaubar gewordenen Verbote leicht verirren: »Wenn er an die Überfischung der Meere denkt und zum tiefgekühlten Zuchtfisch greift, muss er sich die Verseuchung des Wassers durch Chemikalien vorhalten lassen. Wenn er sich vegetarisch ernährt, wird er überlegen, ob der Verzehr von Salat und Gemüse aus heimischem Anbau je nach Jahreszeit nicht höhere Energiekosten verursacht als Importe aus warmen Regionen. Ersetzt er tierisches Eiweiß durch Tofu, so muss er die mörderischen Umstände des Soja-Anbaus in Rechnung stellen. Packt er seine Einkäufe, um den Plastikmüll zu mindern, in eine Papiertüte, so hört er zu seinem Kummer, dass die Herstellung von Papiertüten energieaufwendig und umweltschädlich ist. An Urlaubsreisen darf er gar nicht denken. Fliegen wäre kriminell, das Auto verbietet sich, und die Bahn kann er sich nicht leisten. So steigt er denn auf sein Fahrrad und träumt von der Postkutsche«³.

Im Blick auf diese Fragen und Selbstzweifel formuliert Svenja Flaßpöhler in ihrem neusten Buch: »Offenbar sind wir mehr denn je damit beschäftigt, das Limit des Zumutbaren neu zu justieren«⁴. Dabei hat man freilich den Eindruck, dass dem Bereich des Zumutbaren immer engere Grenzen gesetzt werden. Gerade hinsichtlich dessen, was uns sprachlich zumutbar erscheint, sind die moralischen Sensibilitäten gestiegen: So werden Kinderlieder ebenso sehr als der sprachlichen

2 Pfaller 2019, 37.

3 Greiner 2018.

4 Flaßpöhler 2021, 15.

Reinigung bedürftig empfunden wie das Verlangen steigt, die Bezeichnung von Speisen den sprachlichen Sensibilitäten anzupassen: Der Vater von Pippi Langstrumpf kann nicht mehr als »Negerkönig« bezeichnet werden, das »Zigeunerschnitzel« bedarf eines anderen Namens und für Studierende ist die Abkürzung »SS« für das Sommersemester nicht mehr hinnehmbar und muss durch die Bezeichnung »SoSe« ersetzt werden. Auch Straßennamen oder Namen von Universitäten werden als veränderungsbedürftig empfunden, wenn man moralische Ungereimtheiten bei dem jeweiligen Namensgeber entdeckt: So ist der Name Eberhard-Karls-Universität für die Tübinger Hochschule fragwürdig geworden, weil der erste der beiden Namensgeber, Eberhard im Bart, vielen als Antisemit gilt, hat er doch anlässlich der Universitätsgründung 1477 alle Jüdinnen und Juden aus Tübingen und dem Umland vertreiben lassen. Nicht besser steht es mit dem zweiten Namensgeber, Herzog Karl Eugen, der seinen Namen 1769 hinzufügte. Er hatte offenbar seine Schutzbefohlenen als Soldaten ins Ausland verkauft. Damit steht Tübingen nicht allein: Die Universität Greifswald hat bereits aufgrund antisemitischer Äußerungen ihres Namensgebers ihren Namen »Moritz-Arndt-Universität« 2017 bzw. 2018 abgelegt, um nur noch »Universität Greifswald« zu heißen, während die Westfälische Wilhelms-Universität Münster trotz heftiger Kritik immer noch den Namen von Kaiser Wilhelm II. trägt, der vielen als Kriegstreiber und Kolonialherr gilt. Aber auch sonst begegnen wir moralischen Urteilen und Hinweisen unentwegt. So lesen wir – um nur ein Beispiel zu nennen – an dem Gefrierfach bei REWE nicht, dass wir die Tür umgehend wieder schließen sollen, sondern werden mit dem moralischen Hinweis konfrontiert: »Bitte wieder schließen – der Umwelt zuliebe Energie sparen!«. Schon sehr früh werden wir mit dem moralischen Urteil und seiner Virulenz vertraut gemacht. Heute wird Schülerinnen und Schülern nicht mehr mit Verweis auf Strafe untersagt, den Unterricht zu stören, sondern mit Verweis auf eine moralische Einsicht, die häufig – zusammen mit anderen solcher Einsichten – an der Wand im Klassenzimmer hängt: »Jeder soll ungestört am Unterricht teilnehmen können«. Teilweise wird auch der moralische Wille direkt vorgeschrieben: »Wir [Schüler] wollen,

dass jeder ungestört am Unterricht teilnehmen kann«. Dass im letzten Fall, in dem der Schülerin und dem Schüler das Wollen vorgeschrieben wird, totalitäre Methoden gewählt werden, ist vielen Lehrerinnen und Lehrern freilich nur schwer verständlich zu machen. Dass es einen fundamentalen Unterschied macht, einem Schüler das Stören zu verbieten oder ihm das Stören-Wollen zu verbieten, können viele Lehrer und Lehrerinnen erschreckenderweise nicht einsehen; erschreckend deshalb, weil sie doch auch zu einem nicht-totalitären und nicht-faschistischen Denken erziehen sollen und oftmals auch wollen. Hier zeigt sich darüber hinaus, wie wichtig die Unterscheidung zwischen Moral und Recht ist, die teilweise durch die Dominanz und Ausschließlichkeit der moralischen Urteilsbildung außer Kraft gesetzt wird. Offenbar scheinen wir uns heute durch einen Hinweis auf Moral mehr zu versprechen als auf das Recht, was der Hinweis auf die zu schließende Gefrierfach für bei REWE dokumentiert. Das Recht hat auch im Fall der Gefrierfach für erhebliche Nachteile: Es scheint zum einen grundsätzlich fraglich, ob ein Supermarkt einen Kunden für das zu lange Öffnen einer Tür regresspflichtig machen kann, zum anderen wäre zu fragen, welche Kosten es verursacht, das Öffnen und Schließen der Gefrierfach für zu überwachen. Der moralische Hinweis hingegen soll die Person im Inneren ergreifen; er arbeitet nicht mit äußerer, sondern mit innerer Gewalt. Zusätzlich sind mit dem moralischen Hinweis die anderen Kunden in die Überwachungspflicht genommen, die ja ihre eigene Moralität unter Beweis stellen können, wenn sie andere an die zu lange geöffnete Kühlschranktür erinnern. Dies tut der geschulte Sprecher der moralischen Sprache, indem er seinen moralischen Vorwurf und eine eventuell dahinterstehende Aggressivität verdeckt. Statt »Sie lassen die Kühlschranktür zu lange offen!« formuliert er Sätze wie »Ich finde es schade, dass die Kühlschranktür jetzt solange offen steht«. Die Wendung verdeckt die Empörung des Sprechers und seine Erhebung über die Person, über die er sich empört, und macht aus ihr ein an der Unmoralität leidendes Opfer. Die Wendung »ich finde schade, dass« eignet sich daher grundsätzlich, einen moralischen Vorwurf zu verdecken, allerdings gilt auch umgekehrt: Der in den Mechanismus moralischer Vorwürfe Eingeweihte erkennt

in der Regel in dem Gebrauch der Wendung »ich finde schade, dass« sofort die Unaufrichtigkeit der sprechenden Person, die nicht zu dem steht, was sie macht, nämlich moralische Vorwürfe zu erheben.

Moralität – so zeigt das zugegebenermaßen triviale Beispiel mit der Gefrierfach für bei REWE – ist häufig nicht nur wirkungsvoller als das Recht, vielmehr lässt sich auch beobachten, dass sich die Moral auch nicht gerne durch das profane Recht begrenzen lässt. Dies lässt sich an einem Vorfall von der Comedypreis-Verleihung vom 1. Oktober 2021 verdeutlichen⁵: Nachdem die Kabarettistin Maren Kroymann den Deutschen Comedypreis für ihr Lebenswerk entgegengenommen hatte, sprach sie einen Vorfall um den Komiker Luke Mockridge an und begann mit den Worten: »Ein Kollege von uns hat Übergriffe gemacht und eine junge Kollegin hat das gesagt«. Sie kritisierte dann den Umgang der Veranstalter mit den Vorwürfen gegen den Komiker. »Ich hätte gerne gehabt, dass Verantwortliche für diesen Preis und auch von dem Sender die Eier gehabt hätten, zu sagen: Wir solidarisieren uns nicht nur mit unserem beliebten Künstler, sondern mit den Frauen, die betroffen sind«. Und weiter: »Ich würde mir wünschen, dass ihre Geschichte gehört wird, dass diese Frauen ernst genommen werden, dass sie respektiert werden. Dass man ihnen glaubt«. Dass – wie die Staatsanwaltschaft Köln später bestätigt – ein entsprechendes Verfahren Anfang Mai 2020 mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt worden war und auch eine Beschwerde der Anzeigerstatterin gegen diese Entscheidung als unbegründet zurückgewiesen worden war, spielte für Kroymann ganz offensichtlich keine bzw. keine ausschlaggebende Rolle, auch nicht für den größten Teil des Publikums, das Kroymanns Worten pflichtschuldig applaudierte. Dass jemand als unschuldig gilt, solange er nicht rechtskräftig verurteilt ist, schien in diesem Fall irgendwie unpassend, wollte sich doch die moralische Empörung Raum schaffen. Offenbar lässt sich eine leidenschaftliche moralische Empörung nur ungerne durch das kühle Recht begrenzen. Deutlich ist, dass, während das Recht eher eine begrenzende Funktion

5 Vgl. Huber 2021.

hat, die Moral zur Hemmungslosigkeit tendiert⁶. Darüber hinaus zeigt der Vorfall, wie schwer es ist, sich der moralischen Rede zu erwehren, erfordert diese doch von dem, der sie hört, Zustimmung, sofern er nicht ebenfalls dem moralischen Urteil unterliegen möchte⁷. Und so tat das Publikum im Falle Kroymann, was es tun muss: Es applaudierte der moralischen Empörung. Nebenbei bemerkt: Dieser Applaus als Reaktion auf die Äußerung eines moralischen Satzes im TV hat schon etwas Auffallendes, es wäre lohnend, einmal den moralischen Applaus in TV-Talkshows zu untersuchen. Es lässt sich unschwer beobachten, dass in solchen Talkshows jede Diskussion durch einen Applaus des Publikums unterbrochen wird, sobald einer der Diskutanten (am besten mit einem Gesichtsausdruck zwischen Betroffenheit und heiliger Empörung, auch eine kleine zittrige Erregung in der Stimme kann von Vorteil sein) einen moralischen Satz fallen lässt. Sätze wie »Krieg ist nie gut.« oder »Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen.« lassen die Zuschauer in jedem Sendeformat, auf jedem Kanal und zu jeder Sendezeit wie pawlowsche Hunde applaudieren: Ich stimme dem zu und bin ebenso moralisch wie derjenige, der diesen Satz geäußert hat. Jede genaue Sachanalyse wird da als störend empfunden, jeder Verzicht auf moralische Empörung als mangelnde Empathie.

An der allgemeinen Beliebtheit der moralischen Urteilsbildung ändern auch andere Beobachtungen wie die der Vereinzelung der Gesellschaft nichts. Auch in einer Gesellschaft der Singularitäten, in der nicht das Allgemeine, sondern das Besondere erwartet wird, wird das Besondere mit moralischen Qualitäten aufgeladen⁸. In seinem Buch »Wahre Meisterwerke« macht Wolfgang Ullrich auf die unablässige Rede von Werten aufmerksam, zu denen wir uns bereits beim Kauf einer Haarspülung bekennen. So kann ein Deo »Peace« heißen, andere Varianten desselben Produkttyps stellen sogar politisches Bewusstsein in Aussicht. Ullrich spricht in diesem Zusammenhang von einer

6 Pfaller 2019, 46.

7 Vgl. Hallich 2020, 67f.

8 Vgl. Reckwitz 2018, 90f.

»neuen Bekenntniskultur«⁹. Auf die Moralisierung aller Lebensbereiche bis hin zum moralischen self-branding von Unternehmen und Banken verweist auch Reinhard K. Sprenger in der NZZ aus dem Jahr 2018: Alle Lebensbereiche – so Sprenger – sollen dem Guten dienen. Ohne Diversität, Nachhaltigkeit und Solidarisierung laufe nichts mehr¹⁰.

Nun scheint es gegenwärtig so zu sein, dass vielfach die protestantischen Landeskirchen (an die im Folgenden immer gedacht ist, wenn von Kirchen oder Kirche gesprochen wird) keineswegs ein »ander Wort«¹¹ sprechen, das der gesellschaftlichen Hypermoral und ihrer gnadenlosen Gesetzlichkeit etwas entgegensetzen könnte, sondern oftmals nichts anderes zu tun wissen, als sich an die Spitze des Moralisierungstrends zu setzen und die moralische Rede durch Hinweise auf die Bergpredigt oder das Heiligkeitsgesetz noch zu befeuern. Gerade so versprechen sich viele kirchliche Vertreter, in einer religionslos werdenden Gesellschaft ihre Stellung und damit ihre Bedeutung zu sichern: als moralische Mahner und Wegweiser. Die Folge aber ist, dass die Kirche überflüssig zu werden droht: Sie spricht kein »ander Wort«, sondern wiederholt, was bereits woanders (oftmals besser, weil mit mehr Sachkompetenz ausgestattet) gesagt wurde. Das ist gerade dann bedauerlich, wenn man bedenkt, dass die Kirche doch auch Lehre und Traditionen (wie die Unterscheidung von Gesetz und Evangelium oder die Sündenlehre) besitzt, die als Gegengift gegen die gesellschaftliche Hypermoral und ihre destruktiven Folgen verstanden werden können, weil sie eine ungenierte Beteiligung an der moralischen Rede schal werden lassen.

9 Vgl. Ullrich 2017.

10 Vgl. Sprenger 2018.

11 Luther 1897, 24.

Diese Ausgangsüberlegung bestimmt den Gang des vorliegenden Essays:

In Kapitel I nehme ich die soeben bereits angesprochene Moralisierung der Gesellschaft in den Blick. Diese Tendenz liegt mittlerweile offen zutage und ihr ist in den letzten Jahren bis in den populären Büchermarkt hinein vielfach Ausdruck gegeben worden. Ich werde in einem ersten Schritt einen Blick hierauf werfen, sodass wir auf diese öffentlichen Klagen über die Auswüchse der gesellschaftlichen Moralisierung aufmerksam werden. In einem zweiten Schritt werde ich dem Phänomen der Moralisierung der Gesellschaft systematisch nachgehen. Hier gilt es zu klären, was überhaupt ein moralisches Urteil ist und worin die Chancen und Gefahren des moralischen Urteilens bestehen. Schließlich möchte ich mich der Frage widmen, ob es so etwas wie eine nicht moralisierende Moral gibt. Ich werde argumentieren, dass es eine Rede gibt, die es nicht nötig hat, auf sich als Moral aufmerksam zu machen.

In Kapitel II werde ich in Auseinandersetzung mit der Öffentlichen Theologie in der Form, wie sie beispielsweise durch den bayrischen Bischof und ehemaligen Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm interpretiert wird, der Frage nachgehen, ob hier tatsächlich – wie häufig kritisiert – Forderungen in predigtartigem, moralisierendem Ton erhoben werden, bei denen auf unterkomplexe Argumentationen gesetzt wird statt auf rationale, nachvollziehbare Gründe. Ich werde zu zeigen versuchen, dass vor allem die Rede von einem prophetischen Amt hierfür ursächlich ist, geht diese Rede doch davon aus, dass die Kirche der Gesellschaft ein bestimmtes moralisches Wissen schuldig ist, das über rationalen und allgemein plausibilisierbaren Erwägungen zu stehen beansprucht. Diese Vorstellung von einem bestimmten Wissen, das die Kirche der Gesellschaft schuldig ist, hat besonders in Karl Barth einen wirkmächtigen Vertreter gefunden, der dieses Denkmödell vor allem in seinen Schriften »Rechtfertigung und Recht« und »Christengemeinde und Bürgergemeinde« vorgetragen hat. Abschließend möchte ich fragen, ob Theologie und Kirche nicht auch solche Traditionen besitzen, die nicht die gesellschaftliche moralische Rede befeuern, sondern sich dieser widersetzen.

Die Frage nach den sich der moralischen Rede widersetzen Traditionen werde ich in Kapitel III aufgreifen, indem ich dem »Mehrwert der Sünde« nachgehen und mich der Frage widmen werde, welche ethischen Potentiale die Rede von der Sünde besitzt. Ich werde hier das moralische Selbst dem sündigen Selbst entgegensetzen und nach einer Wahrnehmung und Argumentation fragen, die in dem Bewusstsein geschieht, nicht über anderen Menschen zu stehen, sondern mit diesen gemeinsam auf Gottes rechtfertigende Gnade angewiesen zu sein. Ist hier das möglich, was durch die moralische Rede verhindert wird, nämlich die Zuwendung zu den Fragen und Problemen der Gegenwart, die davon absieht, diese zur Selbsterhöhung zu instrumentalisieren? Ich hoffe, dass es mir gelingt zu zeigen, dass der Beitrag von Theologie und Kirche zum gesellschaftlichen Diskurs über das wünschenswerte Zusammenleben ihrer Glieder nicht darin liegt, durch Hinweis auf prophetische oder priesterliche Vollmacht die Rationalität des Diskurses zu schwächen, sondern zur Rationalität zu befähigen und zwar deshalb, weil der Glaube kein bestimmtes – dem rationalen Diskurs entzogenes – moralisches Wissen bereitstellt, sondern zu einer bestimmten Haltung befähigen kann, die für unser Wahrnehmen und Denken zuträglich ist.

I

Moralisierung und Emotionalisierung in Politik und Gesellschaft

1. Klagen über die Moralisierung der Gesellschaft

Dass gegenwärtig Moralisierung und Emotionalisierung in Politik und Gesellschaft um sich greifen, scheint ebenso offen zutage zu liegen wie die damit verbundenen Probleme. In den letzten Jahren, so hatten wir bereits einleitend festgestellt, ist dieser Tendenz vielfach Ausdruck gegeben worden. So formuliert der Tübinger Oberbürgermeister und Politiker von Bündnis 90/Die Grünen Boris Palmer: »Wenn aus einer moralischen Grundhaltung ein allgegenwärtiges Moralisieren wird,